



ZDG

Zentralverband der Deutschen
Geflügelwirtschaft e.V.

PRESSEMITTEILUNG

ZDG-Mitgliederversammlung

Geflügelhalter warnen: Bundesregierung regiert am Markt vorbei!

Potsdam, 7. November 2023 Innerhalb der Bundesregierung gibt es klare Tendenzen, an den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher vorbeizuregieren. Davor warnt der Zentralverband der deutschen Geflügelwirtschaft e.V. (ZDG) anlässlich seiner heutigen Mitgliederversammlung in Potsdam.

Der Markt fordert von den deutschen Geflügelhaltern mehr Geflügelfleisch und Eier, gehobene Tierwohlstandards und regionale oder zumindest bundesdeutsche Produktion zu erschwinglichen Preisen. Doch insbesondere in der Agrar- und Umweltpolitik des Bundes setzt man voll auf vegane Ernährung, Bio-Produkte und ohne Folgenabschätzung hoch gesetzte Tierwohlstandards, während man gleichzeitig Billig-Importe aus dem Ausland wissentlich ermuntert. Diese beiden Entwicklungen passen nicht zusammen, so das Ergebnis der Mitgliederversammlung des ZDG.

ZDG-Präsident Friedrich-Otto Ripke erklärt: „Die deutsche Geflügelwirtschaft ist ökonomisch auf dem richtigen Weg: 170.000 Arbeitsplätze, 8,6 Mrd. € Bruttowertschöpfung, konsequente Investitionen in immer mehr Tierwohl – kein Wunder, bei einem deutschen Pro-Kopf-Verbrauch von 21 kg Geflügelfleisch und 15 kg Eiern im Jahr. Unsere Erzeugnisse sind die beliebtesten tierischen Lebensmittel im Land und sie sind gesund! Doch statt, dass sie diese Entwicklung politisch konsequent unterstützt, wirft die Bundespolitik uns immer wieder durch realitätsferne Vorstöße, etwa zur Reduzierung der Besatzdichte bei Puten, Knüppel zwischen die Beine. Ein Regieren gegen den Markt kann aber nicht funktionieren.“

Zum Tierwohl erinnern die Mitglieder des ZDG daran, dass 90 % des Fleisches in der gehobenen Stufe ITW-2 produziert würden. Mehr gebe der Markt hierzulande derzeit nicht her, Produkte in Stufen ITW-3 und ITW-4 blieben hingegen in großen Mengen in den Supermarktregalen liegen. Der ZDG arbeite gerne an der Transformation der Tierhaltung mit, allerdings müsse man diesem Prozess Zeit geben. Bereits die mittlerweile selbstaufgelöste Borchert-Kommission habe zehnjährige Schritte vorgesehen. Die Bundesregierung müsse zudem alle Betriebe bei der Modernisierung von Ställen unterstützen und Chancen im Bau- und Emissionsrecht bieten, statt diese nur wenigen Betrieben einer Tierart über das neue Tierhaltungskennzeichnungsgesetz anzubieten.



ZDG

Zentralverband der Deutschen
Geflügelwirtschaft e.V.

Besorgt zeigen sich die Mitglieder des ZDG wegen der aktuell hohen Bereitschaft der Bundesregierung, Billigimporte mit niedrigen Tierwohlstandards unmittelbar auf den deutschen Markt zu lassen (Ukraine) oder perspektivisch deutlich zu erleichtern (Brasilien bzw. Mercosur). Der Selbstversorgungsanteil für alle Lebensmittel aus Geflügel betrage bereits weniger als 100 %. Noch mehr Importe niedrigerer Standards würden die Wirtschaftlichkeit der Branche gefährden und gleichzeitig auch die Wünsche der Verbraucher nach zumindest einer klaren Kennzeichnung solcher Ware missachten.

Ebenfalls in Sorge sind die Mitglieder des ZDGs wegen der weltweiten Ausbreitung der Geflügelpest. Auch in Deutschland brauche es eine sorgfältig vorbereitete Impfung und die Zulassung der dafür notwendigen Impfstoffe. Wenn deutsche Geflügelhalter ihre Tiere impfen, geschehe dies auch aus Tierwohlgründen. Die Bundesregierung müsse dann aber alles dafür tun, dass Handelspartner die Impfung nicht durch Handelsbeschränkungen negativ begleiten bzw. wirtschaftlich unmöglich machen.

Äußerst kritisch bewerten die deutschen Geflügelhalter auf der Mitgliederversammlung die Umsetzung der Regeln der Kreditvergabe im Rahmen der sogenannten „grünen Taxonomie“. Während diese europäischen Vorgaben noch nicht für die Landwirtschaft gelten würden, würden viele Kreditinstitute und Versicherungen das Regelwerk trotzdem bereits im Agrarbereich anwenden. Hier müsse sich die Bundesregierung dringend dafür einsetzen, dass Investitionen in die Modernisierung auch der konventionellen Tierhaltung nicht von vornherein abgestraft würden.

Abschließend fasst Friedrich-Otto Ripke zusammen: „Wir beim ZDG setzen uns für Vernunft und Realitätsbezug in der Politik ein. Die Bundesregierung droht derzeit, am Markt vorbeizuregieren. Das gefährdet Wirtschaft und Wohlstand. Die Geflügelwirtschaft will auch in Zukunft Innovations- und Wachstumstreiber bleiben und wir sind allen in Politik und Handel dankbar, die unsere Stimme hören und uns als Partner beteiligen.“

Über den ZDG

Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V. (ZDG) vertritt als berufsständische Dach- und Spitzenorganisation die Interessen der deutschen Geflügelwirtschaft auf Bundes- und EU-Ebene gegenüber politischen, amtlichen sowie berufsständischen Organisationen, der Öffentlichkeit und dem Ausland. Für die Geflügelfleischwirtschaft sind innerhalb des ZDG der Bundesverband der Geflügelschlachtereien e.V. (BVG), der Bundesverband bäuerlicher Hähnchenerzeuger e.V. (BVH) und der Verband Deutscher Putenerzeuger e.V. (VDP) organisiert. Insgesamt spricht der ZDG für rund 8.000 Mitglieder aus den angeschlossenen Bundes- und Landesverbänden.

Pressekontakt

Agnes Michel-Berger
Tel. 0170 2829906 | E-Mail: presse@zdg-online.de
ZDG Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e. V.
Claire-Waldoff-Str. 7 | 10117 Berlin | www.zdg-online.de